

HANDLUNGSKONZEPT BAUREIFMACHUNG

Projekt

Neubau Schule an der Ruhr (MW43)
Mintarder Weg 43
45219 Essen

Auftraggeber

Stadt Essen
Fachbereich 60, Immobilienwirtschaft
Lindenallee 59 – 67
45121 Essen

Bearbeitungs-Nr.

22-P-1824

Dateiname

22-P-1824HK_Baureifmachung

Bearbeiter

Dipl.-Umweltwiss. Holger Bartel-Tesch

Datum

02.12.2024

INHALT

1.	AUSGANGSSITUATION	3
2.	ALLGEMEINE BESCHREIBUNG	4
3.	KAMPFMITTEL	6
4.	BESONDERHEITEN IM BAUFELD	7
4.1	ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ	7
4.2	BESTANDSLEITUNGEN	8
5.	VERKEHRSINFRASTRUKTUR	9
6.	ABFALLARTEN UND ENTSORGUNG	11
7.	BAUPHASEN	13
8.	MATERIALSEPARATION	14
9.	SONSTIGES	15
10.	WEITERE HINWEISE	18
11.	TECHNISCHER, PERSÖNLICHER, ORGANISATORISCHER ARBEITSSCHUTZ	20

ANLAGENVERZEICHNIS

AMTLICHER LAGEPLAN

AUSFÜHRUNGSKONZEPT BAUGRUBENPLAN

LAGESKIZZE ÜBERGABEHORIZONTE

1. **AUSGANGSSITUATION**

Das Handlungskonzept Baureifmachung soll die anfallenden Stoffströme und zeitlichen Abläufe im Baufortschritt konkretisieren. Ziel ist es, für beide Seiten eine größtmögliche Transparenz und Kontrollmöglichkeit im Hinblick auf die Abrechnung und Gewährleistung der Leistungen zu erreichen.

Es ist derzeit von einem Baubeginn im Februar 2025 auszugehen.

Bauherr für das Bauvorhaben ist die Stadt Essen, Fachbereich 60, Immobilienwirtschaft (im Folgenden AG abgekürzt).

Die folgenden Hinweise sind zu berücksichtigen und durch den Auftragnehmer (im Folgenden AN abgekürzt) zu gewährleisten. Die hier beschriebenen Leistungen sind durch den AN in den Einheitspreisen der zugehörigen Positionen zu kalkulieren. Sofern Ergänzungserfordernisse zu den nachfolgenden Punkten bestehen, sind diese schriftlich darzustellen.

Für das Projektgebiet bestehen folgende Bauziele:

- Vorhandene Vegetationsflächen abziehen / roden und entsorgen
- Demontage von oberirdischen Bestandsanlagen (Zäune, Spielgeräte, etc.)
- Aushub / Herstellung der erforderlichen Übergabehorizonte für die Folgewerke des geplanten Neubaus in den erforderlichen Dimensionen
- Entsorgung von nicht auf der Fläche wiederverwertbaren Böden bzw. Ersatzbaustoffen
- Verfüllung der Baugrube gem. Anweisung des AGs mit flächenintern angefallenen Böden bzw. Ersatzbaustoffen

2. ALLGEMEINE BESCHREIBUNG

Auf einem Grundstück südlich des Mintarder Wegs sowie nördlich des Eva-Hollands-Weg in Essen Kettwig soll nach Rückbau des vormals hier bestehenden Schulgebäudes unter der stadtinternen Projektbezeichnung MW43 der Neubau der Schule an der Ruhr entstehen.

Die Umgebungsnutzung besteht im Norden, Osten und Süden überwiegend aus Wohnbebauung sowie aus der nordwestlich angrenzenden Kindertagesstätte Mintarder Weg. Im Westen schließen gewerblich genutzte Flächen (ehem. Chemische Reinigung, Futtermittelfabrik) an.

Nach Rückbau der Bestandsgebäude wurde der Großteil der Grundstücksfläche zur Herstellung eines befahrbaren Planums mit RC-Material abgedeckt, nachdem ein Geotextil auf dem Rohplanum verlegt wurde. Die Mächtigkeiten der RC-Auflage beträgt zwischen rd. 0,3 m und rd. 3,0 m im Unterkellerungsbereich des ehemaligen Schulgebäudes. Zum Geländeabschluss wurde die Oberfläche großflächig mit Oberboden abgedeckt und mit Raseneinsaat kultiviert.

Im zentralen Bereich wurde ein Rad- und Fußweg mit einer wassergebundenen Decke hergestellt, um eine rad- und fußgängige Verbindung zwischen dem Eva-Hollands-Weg und dem Mintarder Weg zu gewährleisten. Darüber hinaus befinden sich aktuell eine mit einem Ballfangzaun umfasste Sportplatzfläche (Kleinfeld) und eine städtische Spielplatzfläche im Baubereich. Das Gelände ist weitgehend eben ausgebildet und weist eine mittlere Geländehöhe von rd. 43 m NN auf.

Das Gelände ist aktuell mit Gräsern, Sukzessionsbewuchs und Büschen bewachsen. Bereichsweise befindet sich noch Baumbestand auf dem Gelände. Der Baumbestand wird vor Beginn der Arbeiten Seitens der Bauherrin beseitigt bzw. geschützt.

Im Vorfeld des Schulneubaus ist das Baufeld in einen bebauungsfähigen Zustand zu bringen. In diesem Zusammenhang wurden planerisch Übergabehorizonte für die nachfolgenden Gewerke definiert.

Aus bautechnischer Sicht werden aufgrund resultierender Höhenverhältnisse Abtragsarbeiten (Herstellung Übergabehorizonte, Herstellung Planum Außenanlagen, BE – Flächen) sowie Verfüllarbeiten (Sicherstellung einer ausreichenden Tragfähigkeit, Baugrubenverfüllung, Geländemodellierung) erforderlich.

Es ist es vorgesehen, anfallendes Aushubmaterial bei entsprechender chemischer und geotechnischer Eignung am Standort zu belassen. Nicht geeignetes oder überschüssiges Material sollen einer ordnungsgemäßen Verwertung bzw. Entsorgung zugeführt werden.

Vorgaben aus dem Bodenmanagement- und Flächenaufbereitungskonzept sind zu beachten und umzusetzen. Der Bodenaushub findet in enger Abstimmung mit dem begleitenden Fachgutachter statt.

Folgende Übergabehorizonte wurden abgestimmt:

- Übergabehorizont Gebäude auf 42,80m ü. NHN
- Übergabehorizont Schulhof auf 41,90m ü. NHN
- Übergabehorizont eingefasste Spielplatzfläche auf 43,85 m ü NHN
(einschließlich Höhenangleich Zuwegung (Rampe))

Die korrespondierenden Lagepläne und Lageskizzen sind der Anlage zu entnehmen.

Die Übergänge zwischen den einzelnen Niveaus sind mit Böschungswinkel von maximal 45° zu realisieren. Die Böschungsköpfe müssen einen Abstand von ≥ 1 m zu den Grundstücksgrenzen einhalten.

Im Bereich der geplanten Schulhoffläche ist geplant nach Herstellung des Übergabeplanums ein Stauraumkanal zu verlegen. Anschließend soll der Flächenbereich auf ein einheitliches Übergabeniveau von 42,80m ü. NHN rückverfüllt werden.

Vorgaben aus dem Qualitätssicherungsplan sind zu beachten umzusetzen.

3. **KAMPFMITTEL**

Zu möglichen Kampfmitteln wurden das Ordnungsamt der Stadt Essen und die Bez.-Reg. in Düsseldorf angefragt. Die Stellungnahmen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- In Teilbereichen war eine Auswertung der Luftbilder nicht möglich. Aus diesem Grund sind Erdarbeiten mit entsprechender Vorsicht auszuführen. Sollten Kampfmittel gefunden werden, ist aus Sicherheitsgründen die Erdarbeit einzustellen und umgehend der Kampfmittelräumdienst zu benachrichtigen.
- Bei Erdarbeiten mit erheblichen mechanischen Belastungen wie Rammarbeiten, Pfahlgründungen, Verbauarbeiten etc. wird eine Sicherheitsdetektion empfohlen.

4. BESONDERHEITEN IM BAUFELD

4.1 ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ

Nordwestlich der in Rede stehenden Projektfläche existierte in früheren Zeiten eine chemische Reinigung. Die Betriebstätigkeit dieser Reinigung führte zu einem nachweislichem Tetrachlorethen (PER) – Schaden. Die Altlast steht unter Beobachtung der Unteren Bodenschutzbehörde (UBB) der Stadt Essen. Der Eigentümer der Liegenschaft, auf der die chemische Reinigung betrieben wurde, wurde zur Sanierung aufgefordert, welche in Teilbereichen bereits erfolgt ist.

Nach Aussagen der Stadt Essen ist eine Dekontaminationsmaßnahme auf der städtischen Projektfläche nicht erforderlich. Es ist jedoch nicht auszuschließen das auch nach erfolgter Sanierung der Schadensquelle, Restverunreinigungen im Boden anzutreffen sind.

Vorgaben aus dem Arbeitsschutz- und Sicherheitsplan sind zu beachten und umzusetzen.

Bei einer Konkretisierung der Gefährdung, z.B. bei erhöhten Bodenluftgehalten oder beim Antreffen von kontaminiertem Grundwasser, kann die Baustelleneinrichtung bei Erfordernis wie folgt ergänzt werden:

- Einhausung (Bauzaun mit Planen)
- Bewetterung

Eine Einteilung in Schutzzonen ist nicht vorgesehen.

Bei den Erdarbeiten ist möglichst staubarm zu arbeiten. Sollte sich eine Staubentwicklung nicht vermeiden lassen, sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Niederschlagung der Stäube durch Wasserberieselung/-benebelung

4.2 BESTANDSLEITUNGEN

Das Grundstück wird von einer Hauptwasserleitung der Rheinisch Westfälischen Wasserwerke (RWW) gequert. Die objektspezifischen Schutzanweisungen sind zu berücksichtigen.

Darüber hinaus befindet sich eine querende Abwasserleitung im Betrieb.

Aufgrund resultierender Höhenverhältnisse wird im südlichen Baufeld ein Kanaldeckel oberhalb des Höhenniveaus des hier ausgewiesenen Übergabehorizontes liegen (KD 43,33 mNN). Der Kanalschacht ist mit geeigneten Maßnahmen zu schützen, z. B. über einen umlaufender Erdkeil aus auf der Baustelle vorhanden Materialien.

Im nördlichen Baufeld wird ein Kanaldeckel unterhalb des Höhenniveaus des hier ausgewiesenen Übergabehorizontes bzw. im Bereich der geplanten Zuwegung liegen (KD 43,39 mNN). Der Kanalschacht ist ggf. mit geeigneten Maßnahmen zu schützen. Die Maßnahmen sind nach Flächenbedarf der Baulogistik abzustimmen.

5. VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Die Baufläche liegt im Stadtteil Essen-Kettwig und ist über den Eva-Hollands-Weg bzw. den Mintarder Weg zu erreichen. Die Anfahrt zum Projektgelände erfolgt ausschließlich über den Eva-Hollands-Weg, die Ausfahrt über den Mintarder Weg. Eine Befahrung der Straßen des angrenzenden Wohngebietes ist für den Baustellenverkehr nicht gestattet. Vorgaben der durch den AG gestellten Baulogistik sind zwingend zu beachten. Fahrzeuge des AN müssen mit der jeweils notwendigen Feinstaubplakette ausgerüstet sein. Evtl. Nutzungserlaubnisse bzw. Anträge und Kosten bspw. für Schwertransporte sind vom AN eigenständig zu prüfen, zu beauftragen und die Kosten hierfür einzukalkulieren.

Sofern der AN für eine verkehrsrechtliche Beschränkung im Straßenverkehr eine temporäre Aufhebung wünscht, ist diese durch den AN eigenständig bei den Behörden zu beantragen und zu erwirken. Die Kosten hierzu sind einzukalkulieren.

Der AN hat die möglichen Zufahrtswege vor Abgabe eines Angebots zu prüfen. Mehrkosten, die sich aus Unkenntnis der Örtlichkeit ergeben werden vom AG nicht gesondert vergütet.

In jedem Fall müssen geeignete Feuerwehr-/ Rettungswege mit den entsprechenden Institutionen abgestimmt und eingerichtet werden. Die Erreichbarkeit der Nachbargebäude muss für die Nutzer und Bewohner **durchgehend** gewährleistet sein. Die technischen Anlagen im Projektgebiet müssen jederzeit für Befugte zugänglich sein. Sonstige Zufahrten, Feuerwehr, Rettung und Anlieferungswege auch innerhalb des Baufeldes dürfen nicht beeinträchtigt werden.

Die Nutzung sämtlicher Wege und Straßen ist mit den zuständigen Behörden / Eigentümern abzustimmen. Jegliche Genehmigungsschritte sind Aufgabe des AN. Der Fußgänger, Fahrrad- und Straßenverkehr darf durch die Arbeit nicht behindert werden. Neben dem Straßenverkehr sind Fußgänger und Radfahrer durch geeignete Maßnahmen vor dem Baustellenverkehr und Betrieb zu schützen. Öffentliche und private Wege, Grundstücke und Bestandsgebäude sind vor Beschädigung zu schützen. Beschädigungen müssen vom AN auf eigene Kosten sach- und fachgerecht behoben werden.

Sollten Verpackungsmaterialien, Bauabfälle usw. versehentlich auf fremde Grundstücke gelangen, sind diese umgehend wieder zu beseitigen. Die für den An- und Abtransport benutzten öffentlichen Straßen sind vom AN, nach Erfordernis, sauber zu halten. Die Ausfahrten und Straßen, Fuß und Radwege dürfen durch die Arbeiten nicht nachteilig eingeschränkt oder verschmutzt werden. Bei Verschmutzung sind umgehend für Straßen und Geh- und Radweg zugelassene selbst aufnehmende Kehrmaschinen einzusetzen.

6. ABFALLARTEN UND ENTSORGUNG

Sofern nichts Anderes vermerkt ist, gilt generell, dass die Verpackung, der Transport und die Entsorgung der bei den Arbeiten anfallenden Stoffe einzukalkulieren ist.

Vom AN sind für den Abtransport und die Entsorgung der Materialien gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz und der weiteren gesetzlichen Grundlagen voll umfassende, abfallrechtliche Verfahren durchzuführen. Das Einholen von Transportgenehmigungen, Entsorgungsnachweisen etc. ist einzurechnen und wird ebenso wie die Abstimmung mit den zuständigen Behörden, Genehmigungsverfahren, Übernahme bzw. Begleitscheinverfahren nicht gesondert vergütet. Eine eventuell elektronische Nachweisführung übernimmt der AN in Absprache mit den zuständigen Behörden. Hierdurch möglicherweise entstehende Warte- und Standzeiten sind vom AN einzukalkulieren. Es ist zu berücksichtigen, dass die Nachweise zu Entsorgung, insbesondere von gefährlichen Abfällen, jederzeit durch die Behörde bzw. das zuständige Ressort gefordert werden kann.

In den Positionen für Transport und Entsorgung sind unter anderen das Aufnehmen der Materialien und der Transport bis zur jeweiligen Entsorgungseinrichtung, Übergabe der Wiegebelege an den AG, die Durchführung des Begleitscheinverfahrens, das Führen eines Registers, das Einholen der Entsorgungsnachweise, Liefern, Bereitstellung, Vorhalten, Betreiben, Räumen von geeigneten Behältern, Verpackungsmaterial, Containern und Mulden auch mit Deckel inklusive Standzeit, einzurechnen.

Spätestens bis zwei Wochen vor Beginn der Erdarbeiten übergibt der AN ein prüffähiges Entsorgungskonzept. Für jede Position bzw. Abfallart ist in dem Entsorgungskonzept der geplante Verwertungsweg zu beschreiben (Entsorgungsstellen). Für die Böden sind jeweils vor Beginn der Maßnahme die Annahmeerklärungen der entsprechenden Stellen der Fachbauleitung des AG vorzulegen. Der Anschluss und Benutzungszwang der Stadt Essen ist zu beachten und umzusetzen.

Der Abfallerzeuger oder Besitzer ist nach Kreislaufwirtschaftsgesetz für die ordnungsgemäße Entsorgung von Abfällen mitverantwortlich. Dies gilt auch, wenn mit Beauftragung der Leistung Entsorgungsverantwortlichkeit auf den AN übertragen wird und Abfälle weitergegeben werden. Ebenso tragen der Transporteur und das Entsorgungsunternehmen als weiterer Abfallbesitzer Verantwortung.

Die Verantwortlichkeit des Bauherrn gilt es besonders zu berücksichtigen. Die Einschaltung eines Entsorgungsfachbetriebes für die Abfallentsorgung ist vom AN, sofern nicht selbst Entsorgungsfachbetrieb, vorzunehmen. Alle Abfälle aus dem Projektgebiet gehen mit Anfall/Entstehung in Besitz des AN über. Der AN wird Abfallerzeuger. Der AN übernimmt die vom AG vorgegebene Abfallbezeichnung. Sofern der AN über einen anderen AVV-Schlüssel entsorgen möchte, ist neben der rechtlichen Zulässigkeit die Zustimmung beim AG und der zuständigen Behörde einzuholen.

Zum Abschluss der Arbeiten ist durch den AN eine vollständige Dokumentation zur Entsorgung dem AG bzw. Bauherrn zu übergeben. Bei Nichtbeachtung kann die Abnahme verweigert werden.

Die Wiegebelege von entsorgten Böden sind auf der Baustelle vorzuhalten und in Kopie dem Fachgutachter zu übergeben.

7. BAUPHASEN

Die geplanten Erdarbeiten erfolgen in den folgenden Phasen:

1. Baustelleneinrichtung, Vorbereitende Maßnahmen
2. Baugrubenaushub / Bodenabtrag in Abstimmung mit der Fachbauleitung des AG
3. Bildung von Haufwerken auf der Bereitstellungsfläche
4. Beprobung, Kontroll- bzw. Deklarationsanalytik durch den AG
5. flächeninterne Verwertung von Böden / Ersatzbaustoffen zur Verfüllung von Baugruben bzw. Geländemodellierung
6. Abtransport von Böden / Ersatzbaustoffen

Vor Beginn der Arbeiten muss die Baustelle fristgerecht bei allen erforderlichen Stellen angemeldet werden. Der AG ist entsprechend frühzeitig über den Beginn der Arbeiten zu informieren.

Der AN erstellt zur Angebotsabgabe einen aussagekräftigen Baustelleneinrichtungsplan und ein Gerätekonzept mit Erläuterung auf Grundlage des Bauzeitenplans des AG und übergibt diese dem AG zur Freigabe.

8. **MATERIALSEPARATION**

Die Aushubarbeiten sind so zu gestalten, dass sämtliche Böden rein gewonnen und nicht miteinander vermengt werden.

Sollte aufgrund unsachgemäß durchgeführter Separation eine Mehrung der zu Entsorgung, insbesondere zur Beseitigung anfallender Stoffe entstehen, trägt der AN hierfür die Kosten inklusive des Aufwands für eine Nachsortierung auf Anweisung des AG. Eine Verdünnung durch das Vermischen von Stoffen oder Bauteilen ist grundsätzlich verboten.

Sämtliche Separierungsarbeiten erfolgen in Abstimmung mit dem Fachgutachter des AG.

9. SONSTIGES

Mit Start der Tiefbauarbeiten wird eine fertig hergerichtete Baustelle gem. Baulogistikplanung vorgefunden. Zum Schutz der Baustelle vor dem Zutritt unbefugter Personen ist diese vom AG mit einem umlaufenden Bauzaun abgesichert. Die Verkehrssicherung (Außen) wird durch die Baulogistik übernommen. Zum Anschluss des Baustroms wird ein Gruppenverteiler aufgestellt. Die Bau-feldbeleuchtung (Keine Arbeitsplatzbeleuchtung) erfolgt durch Baulogistik. Die Bauwasseranschlüsse werden durch die Baulogistik eingerichtet. Die Reinigung der öffentlichen Straßen erfolgt im Auftrag des Baulogistikers.

Die sichere Verlegung, Instandhaltung, Umlegung und Demontage erforderlichen Anschlussleitung ist Aufgabe des AN, der für Unfälle bzw. Schäden, die aus der Benutzung der Wasserversorgung entstehen, allein haftet. Die Trassierung darf den Verkehrsraum Dritter nicht behindern.

Die Trassierung der Stromversorgung darf den Verkehrsraum Dritter nicht behindern. An den elektrischen Anlagen sind Eingriffe durch Unbefugte verboten und zu verhindern. Der AN ist dafür verantwortlich, dass seine gewerkspezifischen elektrischen Anlagen sprechend den VDE Bestimmungen und den zusätzlichen Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschrift „elektrische Anlagen und Betriebsmittel“ errichtet, betrieben und geprüft werden. Es ist die Fehlerstromschutzschaltung anzuwenden. Die notwendigen elektrischen Geräte sind vom AN bereitzustellen.

Alle anfallenden (persönlichen) Abfälle sind mindestens wöchentlich, falls erforderlich auch häufiger, vom verursachenden AN von der Baustelle abzufahren und entsprechend den regionalen Bestimmungen zu entsorgen. Abfallverbrennung auf der Baustelle ist verboten. Kommt der AN seinen diesbezüglichen Verpflichtungen nicht nach, behält sich der AG vor eine eigene Säuberkolonie einzusetzen und den AN mit den anfallenden Kosten zu belasten.

Die Bauleitung des AG ist berechtigt, Material, welches die Sicherheit gefährdet, Wege versperrt, Arbeiten Anderer behindert oder unzulässige Brandlasten darstellt, auf Kosten des AN entfernen zu lassen

Die Arbeiten dürfen nur mit den für die Örtlichkeit geeigneten Geräten, Anbaugeräten beispielsweise Sortiergreifer, Meißeln etc. folgen.

Die Arbeiten sind so weit technisch möglich unter Verhinderung von Staub durchzuführen.

Die Staubemissionen sind durch Befeuchten auf ein Minimum zu reduzieren. Es ist dauerhaft sicher zu stellen, dass Wasserstrahlen und Sprühnebel zur Bekämpfung der Staubemission nicht in Richtung von elektrischen Anlagen oder Nachbargrundstücken und Straßen ziehen (zum Beispiel Trafoanlagen, Nachbarbebauung). Die erforderlichen Maßnahmen hat der AN im Leistungsbe- reich mit einzurechnen. Die bedienenden Personen der Staubbindung sind über das Gefährdungs- potenzial durch Wassernebel aufzuklären. Auf die Gefahren von überfrierender Nässe wird hier- mit hingewiesen. Der AG überträgt die Verkehrssicherungspflicht für die Baustelle auf den AN.

Der AG ist berechtigt, bei Staubentwicklung die Baustelle auf Kosten des AN stillzulegen. Sollten aus Staub Verwehungen Verschmutzung oder sonstige Schäden entstehen, trägt der AN die ge- samte Beseitigung samt Schadensersatz. Beim Transport sind Fahrzeuge mit geplanten Lagerflä- chen einzusetzen. Verkehrsrechtlichen Einschränkungen (beispielsweise Höhe) sind zu beachten.

Alle Arbeiten sind unter besonderer Rücksichtnahme auf die Anwohner und Passanten vorzuneh- men. Gefahren durch die Arbeiten dürfen nicht entstehen.

Vorgaben aus der Emissions- und Anwohnerschutzkonzeption sind zu beachten und umzusetzen.

Der AN hat sich mit der Lage und Verlauf der Ver- und Entsorgungsleitung vertraut zu machen und bei Ausschachtungen vorsichtig vorzugehen. Bei der Arbeitsausführung freigelegte unter Be- trieb stehende Wasser, Gas, Kanal, elektrische Leitung oder sonstige Anlagen sind mit Sorgfalt und Umsicht nach geltenden Vorschriften und im Einvernehmen mit dem Betreiber sicher zu schützen. Bei Gasgeruch oder anderen Gefahren, ist der AG und der Leitungseigentümer sofort zu benach- richtigen, auch wenn noch keine Leitung freigelegt sind. Der AN muss das zuständige Betriebsun- ternehmen und den AG über jede Beschädigung vorhandener Leitungen und Kabel sofort verständ- igen. Durch solche Beschädigung entstehenden Kosten trägt der AN. Durch den Rückbau be- troffener Versorgungs- und Entsorgungsleitungen sowie Kanäle sind, soweit sie außer Betrieb ge- nommen sind, entsprechend den Vorgaben der DIN 1986 – 100 zurückzubauen bzw. zu sichern, Anschlüsse, an Leitungen und Kanälen bleiben bestehen. Anschlussleitung die zukünftig wieder in Betrieb genommen werden sollen, sind entsprechend den Ausführungsbestimmungen gemäß

§ 61 A LWG, nach Außerbetrieb Name, durch einen sachkundigen, auf Dichtheit zu überprüfen (Staatsprüfung) und auf dem Grundstück fachgerecht zu verschließen.

In beiden Fällen ist die Außerbetriebnahme der Anschlussleitung mit der zuständigen Fachbehörde der Stadt Essen schriftlich anzuzeigen und bedarf einer Abnahme. Die Lage der Leitung ist in einem Plan festzuhalten und einzumessen. Der Plan und das Protokoll der Dichtheitsprüfung sind der Anzeige der Außerbetriebnahme beizulegen.

Im Bereich von Kabeln und Rohrleitungen insbesondere im Schnittstellenbereich dürfen Arbeiten nur von Hand ausgeführt werden. Werden bei Arbeiten unerwartete Kabel oder Rohrleitung aufgefunden, ist der AG zu benachrichtigen. Entstehen durch Missachtung dieser Vorschrift Schäden, so haftet der AN für alle zur Behebung des Schadens entstehenden Kosten.

Es dürfen keine wassergefährdenden Stoffe in den Untergrund oder die Kanalisation gelangen. Bei Missachtung dieser Auflagen trägt der AN alle daraus resultierenden Kosten. Zudem sind vorhandene Einläufe, Kanaldeckel etc. der zu erhaltenen Kanäle gegen Eintrag von Bauschutt, Staub, Boden, Abfall etc. als unmittelbare Folge der Erdbewegung durch geeignete Maßnahmen zu schützen. Werden Vermarkungspunkte beschädigt, so ist dies der Bauleitung des AG sofort zu melden, müssen sie aus Bau – und Montagegründen entfernt werden, so bedarf dies der Genehmigung durch den AG. Werden ohne Zustimmung des AG Vermarkungspunkte verändert, ersetzt oder entfernt, trägt der AN die Kosten der Neuvermessung

10. WEITERE HINWEISE

Für die Durchführung der Arbeiten ist der vertraglich zwischen AG und AN vereinbarten Zeitraum vorgesehen. Der AN hatte Tagesberichte über die ausgeführten Arbeiten mit Angabe der Arbeitsbereiche anzufertigen und davon dem AG eine Durchschrift zu übergeben. Die Bautagesberichte müssen die Angaben enthalten, die für die Ausführung oder Abrechnung des Vertrages von Bedeutung sein können, zum Beispiel über Wetter, Temperatur, Zahl und Art der eingesetzten Geräte, Anzahl der eingesetzten Mitarbeiter und deren Qualifikation, Namen, den wesentlichen Baufortschritt, Beginn und Ende von Leistung, bestimmte Arten der Ausführung, Unterbrechung der Arbeitszeit mit Angabe der Gründe, Unfälle, Behinderung und sonstige Vorkommnisse. Die Berichte sind ein Teil der vom AN zu liefern Aufmaßdokumente und dem AG arbeitstäglich zu vermitteln.

Es werden Baubesprechungen (wöchentlich) mit dem AG durchgeführt. Der AN bzw. die Bauleitung des AN ist verpflichtet an diesen Besprechungen teilzunehmen. Unbeteiligte Personen sind zur Teilnahme an den Besprechungen nicht zugelassen. Auf Wunsch des AG hat die Geschäftsführung des AN an den Besprechungen teilzunehmen.

Zum Abschluss der Arbeiten ist durch den AN eine vollständige Dokumentation einzureichen und spätestens am Tag der Abnahme vorzulegen. Bei Nichtbeachtung kann die Abnahme verweigert werden. Zur Dokumentation gehören neben den bereits genannten Berichten alle Angaben über die entsorgten Materialien inklusive Massenaufstellung, mit entsprechenden Begleitpapieren.

Die Abrechnung der ausgehoben Bodenmassen erfolgt anhand eines Aufmaßes durch einen Vermesser. Die Abrechnung der entsorgten Böden erfolgt über die zugehörigen Wiegescheine. Maßgebend für die Abrechnung der entsorgten Böden ist die Deklaration auf dem Wiegebeleg bzw. die Deklarationsanalytik des Fachgutachters des AG. Zur Ermittlung der Kubatur der wiedereingebauten Böden wird für die entsorgten Böden ein Umrechnungsfaktor von 1,8 t/m³ festgelegt. Die Summe der wiedereingebauten Böden ergibt sich somit aus der Differenz zwischen dem Bodenaushub und den entsorgten Bodenmengen.

Für alle notwendigen Anmeldungen, Mitteilungen, auch an die Bezirksregierung, sind die einschlägigen Formblätter auszufüllen.

Der AN sorgt für die rechtzeitige Veranlassung und Durchführung von Abnahmen durch die Abnahmeberechtigten. Vom AN verschuldete Verzögerung beeinflussen nicht die Ausführungsfristen.

11. TECHNISCHER, PERSÖNLICHER, ORGANISATORISCHER ARBEITSSCHUTZ

Der AN hat für die gesamte Bauzeit eine deutschsprachige Bauleitung als Ansprechperson an der Baustelle einzusetzen dieser hat während der Bauzeit und Arbeiten ständig anwesend zu sein. Der AN ist dafür verantwortlich, dass seine auf der Baustelle tätige Bauleitung und die Aufsichtsführenden, einschließlich seiner Subunternehmer, Kenntnis über die Genehmigungen, Baustellenordnung sowie die Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften und Erste Hilfe Informationen haben.

Der AN ist verpflichtet zur Überwachung der eigenen Arbeitsschutzeinrichtung und Prüfung, Einsatz, Pflege der Arbeitsschutzmaterialien, sämtliche Arbeiten unter ständiger Anwesenheit einer deutschsprachigen, erfahren Bauleitung auszuführen. Die Bauleitung muss für die Baumaßnahme übliche Entscheidung treffen dürfen und hat die Arbeiten mit dem AG abzustimmen. Sie hat auch außerhalb der Bauzeit ständig telefonisch erreichbar zu sein. Unmittelbar nach Auftragserteilung ist dem AG eine Person zu benennen, die jederzeit telefonisch zu erreichen ist. Die entsprechenden Telefonnummern sind dem AG vor Baubeginn schriftlich mitzuteilen. Jeglicher Wechsel der örtlichen Bauleitung ist dem AG im Vorfeld schriftlich anzuzeigen. Die Belange der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) bzw. den jeweils zuständigen Berufsgenossenschaften (BG) in Form der jeweils geltenden DGUV Regeln, Informationen und Grundsätze sind zu berücksichtigen und umzusetzen. Die Kosten hierfür werden nicht gesondert vergütet und sind in die Einheitspreise einzukalkulieren. Weiterhin sind die Richtlinien der Berufsgenossenschaften zu beachten und umzusetzen. Die Bestimmungen der TRGS sind vom AN einzuhalten.

Die Baustelleneinrichtung ist entsprechend Arbeitsstättenverordnung und Arbeitsstättenrichtlinie auszulegen und auszustatten.

Für Maschinen, Geräte, Werkzeuge, elektrischen Anlagen und Betriebsmittel sowie überwachungsbedürftigen Anlagen, die einer Sachverständigen- oder sachkundigen Prüfpflicht unterliegen, verpflichtet sich der AN, die entsprechenden Nachweise, Aufbauanleitung, Zulassungsbescheide, Erlaubnisse, Prüfstrich und Kontrollbücher an der Baustelle vorzuhalten. Der AN hat dafür Sorge zu tragen, dass Baumaschinen und Geräte nur von dazu befähigten und beauftragten Personen bedient werden. Sofern eine schriftliche Beauftragung in Rechtsvorschriften vorgesehen ist, muss die beauftragte Person diese ständig bei sich haben.

Die verwendeten Maschinen, Geräte und Einrichtungen müssen nach den Bestimmungen des Gerätesicherheitsgesetzes, den einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften und nach den allgemeinen anerkannten Regeln der Technik beschaffen sein und betrieben werden. Sie müssen nach Art und vorgeschriebenen Umfang geprüft sein.

Außerhalb der Arbeitszeit sind Baufahrzeuge auf sicheren Plätzen abzustellen.

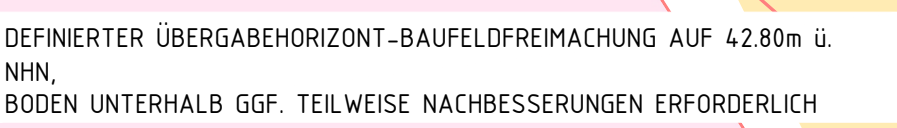
Der AN sorgt für eine ausreichende Sturmsicherung im Projektgebiet. Der AN hat den Bauzaun zur Sicherung der Baustelle zu kontrollieren. Dies beinhaltet die arbeitstägliche Kontrolle und gegebenenfalls Instandsetzung. Beschädigungen sind sofort zu beheben.

Durch den AN wird ein Versicherungsschutz gewährleistet. Zum Nachweis der Betriebshaftpflichtversicherung muss der AN dem AG unverzüglich nach Auftragserteilung die aktuelle Versicherungspolice vorlegen. Die Versicherung muss alle Schäden abdecken, die durch Arbeiten des AN entstehen. Folge von Verzögerung der Gesamtmaßnahme infolge des Fehlens des Versicherungsnachweise gehen zulasten des AN

Im Bereich der Nachbarbebauung ist der Schutz gegen Baulärm entsprechend den gesetzlichen Auflagen einzuhalten. Bei der Beurteilung der Grenze des zumutbaren Lärms gelten auch die Angaben und Abwehrmaßnahmen von Arbeitslärm der VDI –Richtlinien. Es sind geräuscharme, schallgedämmte Maschinen und Geräte zu verwenden.

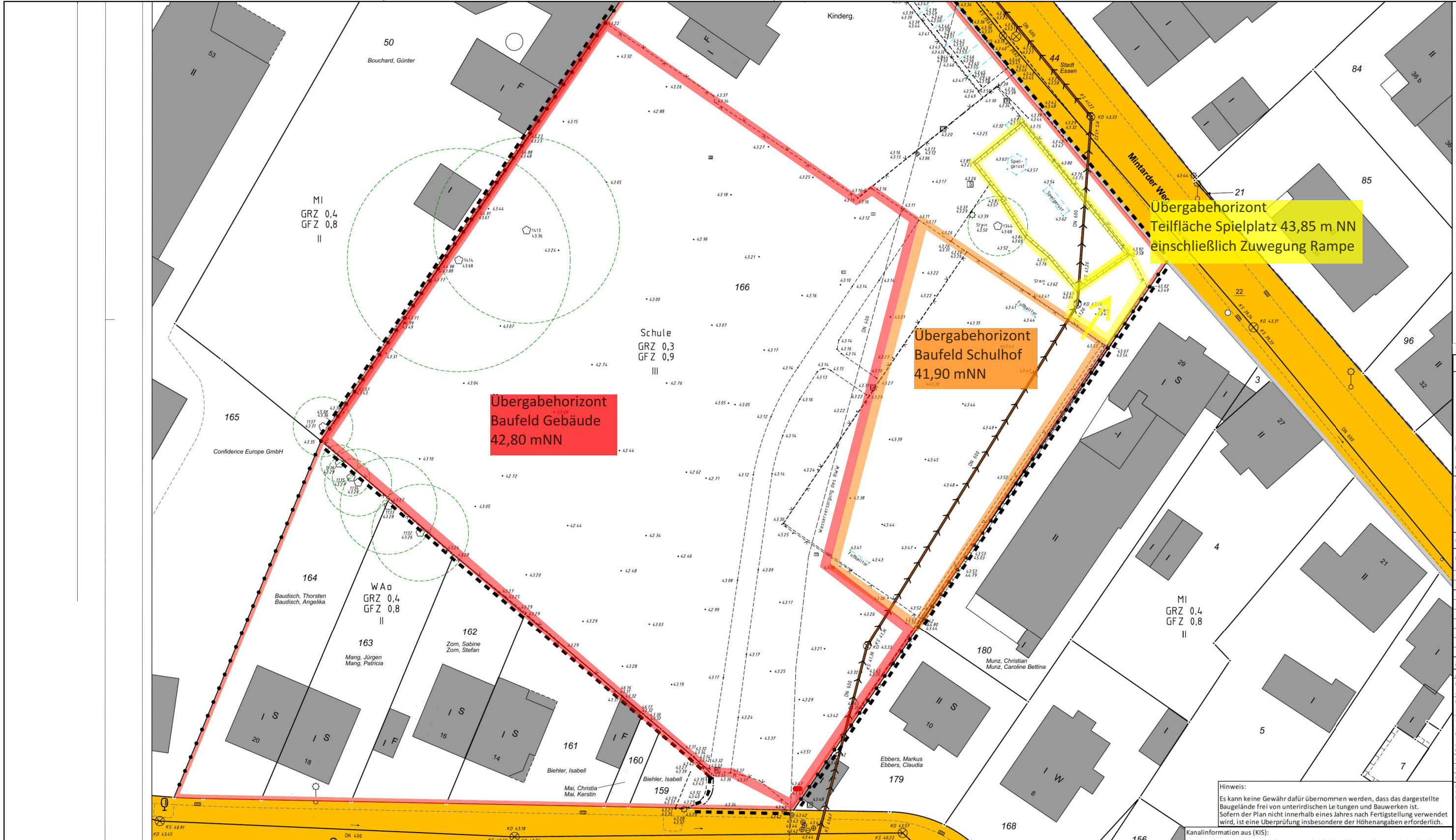
Die Lärmbelästigung muss auf ein Minimum reduziert werden. Einzusetzende Geräte sind in dieser Hinsicht vorab zu überprüfen. Arbeiten mit schweren Geräten in der Regel nur zu den vertraglich vereinbarten und behördlich genehmigten Zeiten zulässig

Bochum, 02.12.2024



ALLE REISE- UND FAKTUMENGEN SIND IN
UNSTIMMIGKEITEN DER PLANUNG SIND DER BAULEITUNG
BEKANNTZUGEBEN

VORABZUG



Hinweis:
Es kann keine Gewähr dafür übernommen werden, dass das dargestellte Baugelände frei von unterirdischen Leitungen und Bauwerken ist.
Sofern der Plan nicht innerhalb eines Jahres nach Fertigstellung verwendet wird, ist eine Überprüfung insbesondere der Höhenangaben erforderlich.
Kanalinformation aus (KIS):

Plangrundlage: Vorplan zum amtlichen Lageplan, BV Mintarder Weg 43 Stadt Essen, 22.04.2022

Projekt-Nr.	22-P-1824	Maßstab	1:500	Projekt	Neubau Schule an der Ruhr (MW43), Mintarder Weg 43, Essen
Bearbeiter	Hu	Datum	21.11.2024		
gezeichnet	Ba	Anlage-Nr.	-	Planinhalt	Lageskizze Übergabehorizonte

GLB
BEWERTEN. PLANEN. BAUEN.
GRUNDBAULABOR BOCHUM GMBH

Ingenieurgesellschaft für Bauwesen,
Geologie und Umwelttechnik mbH
Kohlenstraße 70 | 44795 Bochum
Tel.: +49 (0) 234 | 943 62-0 | info@grundbaulabor-bochum.de

Auftrag- geber	Stadt Essen – Fachbereich 60, Lindenallee 59 – 67, Essen
-------------------	---